

Monatsspiegel



Mai 2014



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

Für ein Europa der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität

Die Idee der europäischen Einigung, die den Völkern Europas Frieden und Wohlstand gebracht hat, gerät angesichts der Auswirkungen der einschneidenden Maßnahmen zur Krisenbewältigung immer mehr in Vergessenheit. Sie ist aber aufgrund der aktuellen Entwicklungen für die Zukunft Europas wichtiger denn je.

Die Vorfälle in der Ukraine führen uns vor Augen, dass der Frieden in Europa keine Selbstverständlichkeit ist und dass alle Beteiligten auf eine diplomatische Lösung der Krise hinarbeiten müssen. Europas Integration hat sich als wirksames Instrument der Friedenssicherung erwiesen und deshalb ist Europa heute vor allem ein gemeinsamer Rechtsraum, weshalb der Einhaltung des Völkerrechts auch eine hohe Bedeutung zukommen muss.

Für viele Bürgerinnen und Bürger ist Europa in erster Linie aber ein gemeinsamer Wirtschafts- und teilweise auch ein gemeinsamer Währungsraum. Um

den negativen Auswirkungen der Krise wie z.B. der teilweise nicht gesicherten Refinanzierung der Mitgliedstaaten und der hohen Jugendarbeitslosigkeit zu begegnen, braucht Europa mehr Investitionen, mehr Regulierung der Märkte sowie eine echte Sozialunion. Dazu gehören europaweite flächendeckende Mindestlöhne, der Abbau von prekärer Beschäftigung, eine Überarbeitung der Entsenderichtlinie, damit gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort gezahlt wird, eine Umsetzung der Jugendbeschäftigungsgarantie, der Schutz gewerkschaftlicher Rechte sowie eine gesetzliche Absicherung der Tarifautonomie.

Die Politik muss gegenüber den Märkten wieder handlungsfähig werden. Deswegen braucht Europa eine effektive Regulierung der Finanzmärkte, die europaweite Einführung der Finanzmarkttransaktionssteuer, eine Harmonisierung im Steuerrecht sowie klare Regelungen zur Refinanzierung der Mit-

■ **Von Stephanie Schäfer**

Europakandidatin für Mittel-franken



gliedstaaten, die über das bisherige System der Rettungsschirme und der Hilfen für Krisenstaaten deutlich hinausgeht.

Ein solches sozial gerechtes und solidarisches Europa kann nur dann verwirklicht werden, wenn es in absehbarer Zeit ein Mehr an demokratischer Verantwortung auf europäischer Ebene gibt. Dazu gehört nicht nur ein echtes Gesetzesinitiativrecht und Budgetrecht für das Europäische Parlament und eine Kommission, die tatsächlich vom Parlament gewählt und effektiv kontrolliert wird, sondern auch klare Zuständigkeiten in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik.

Für ein soziales Europa braucht es im Parlament eine linke Mehrheit und
Fortsetzung auf Seite 3

■ Termine

07.05.	19:30	Distrikt Ost: Jahreshauptversammlung	AWO-Begegnungsstätte	S. 12
12.05.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus	S. 5
13.05.	20:00	Distrikt Dechsendorf: Distriktsversammlung	Sportheim	S. 11
13.05.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Kulisse	S. 12
13.05.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 13
14.05.	15:00	60plus: Jahreshauptversammlung	August-Bebel-Haus	S. 15
14.05.	20:00	Distrikt West: Distriktsversammlung	Zur Einkehr	S. 14
14.05.	20:00	Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis	August-Bebel-Haus	S. 5
15.05.	20:00	Jahreshauptversammlung	Turnerbund	S. 3
19.05.	15:30	Kundgebung zur Europawahl	Nürnberg, Lorenzer Platz	S. 3
19.05.	19:30	Fraktionssitzung	Rathaus	S. 5
20.05.	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 11
21.05.	20:00	Arbeitskreis Frieden und Internationalismus	August-Bebel-Haus	S. 4
21.05.	20:00	Distrikt Süd: Distriktsversammlung	Bürgertreff Röthelheim	S. 13
26.05.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus	S. 5

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
 Vorsitzender: Dieter Rosner
 Mitarbeiter: Patrick Rösch
 Friedrich-List-Straße 5,
 91054 Erlangen
 Telefon: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de
 Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
 BLZ 76350000, Konto-Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag 10:00 bis 16:00 Uhr
 Donnerstag 14:00 bis 17:00 Uhr
 Freitag 09:30 bis 15:30 Uhr.
 Dienstag und Mittwoch geschlossen

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
 Vorsitzende: Barbara Pfister
 Geschäftsführerin: Saskia Coerlin
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen
 Telefon: 09131-86-2225
 Fax: 09131-86-218 1
 E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
 Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten

Montag 09:00 bis 13.00 Uhr
 Dienstag 09:00 bis 13:00 Uhr
 Mittwoch 09:00 bis 13:00 Uhr
 Donnerstag 09:00 bis 13:00 Uhr
 Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
 SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
 monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Philipp Dees (pd, presserechtlich Verantwortlicher, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr), Patrick Rösch (pr), Christofer Zwanzig (cz), Gary Cunningham (gc)

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

eine Kommission, die mit einem sozialdemokratischen Kommissionspräsidenten an der Spitze auch eine sozialdemokratische Politik macht. Wie wichtig linke Mehrheiten im Europäischen Regierungssystem sind, lässt sich im Hinblick auf das derzeit verhandelte Freihandelsabkommen beobachten.

Ziel aller sozialdemokratischen Politik in und für Europa muss eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in allen Ländern der Europäischen Union sein.

Das zwischen der EU und den USA zur Zeit verhandelte Freihandelsabkommen (TTIP) lässt eine Aushöhlung bzw. Absenkung europäischer Standards bei den Arbeitnehmerrechten, im Verbraucher-, Daten-, Umwelt- und Gesundheitsschutz befürchten. Darüber hinaus würde es zu weiteren Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, der Deregulierung der Arbeitsmärkte, der Flexibilisierung

von Beschäftigungsverhältnissen und insgesamt einer weiteren Liberalisierung der Märkte kommen.

Besonders kritisch ist der geplante Investorenschutz zu sehen, der es Wirtschaftsunternehmen künftig ermöglichen soll, Staaten vor internationalen Schiedsgerichten zu verklagen, wenn diese Gesetze oder Regelungen erlassen, die den Gewinn von Unternehmen schmälern oder den Wettbewerb beeinträchtigen. Ein solcher „Unternehmensrechtsschutz“, gegen den es auch keine Rechtsmittel geben soll, würde eine weitere Entdemokratisierung Europas und der Mitgliedstaaten der Europäischen Union bedeuten, da die Parlamente von den Unternehmen aufgrund der Androhung von hohen Schadenersatzforderungen für entgangene Gewinne erpressbar wären. Eine solche „marktkonforme Demokratie“ kann nicht das Ziel sozialdemokratischer Politik sein.



Für Franken in Europa

Kundgebung mit Martin Schulz

Montag, 19. Mai, 15:30 Uhr, Nürnberg, Lorenzer Platz

Einer der wenigen Auftritte, die Martin Schulz als Spitzenkandidat der Europäischen Sozialdemokraten in Bayern ab-



Bild: Susie Knoll

solvieren kann, wird in Nürnberg stattfinden: Dort spricht er am Montag vor der Europawahl.

Sprechen werden neben Martin Schulz auch der SPD-Landesvorsitzende Florian Pronold und der Nürnberger Oberbürgermeister Ulrich Maly. Es laden ein: Europakandidatin Stephanie Schäfer und die Europaabgeordneten Kerstin Westphal und Ismail Ertug.

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Jahreshauptversammlung

am Donnerstag, den 15. Mai 2014, 20.00 Uhr
Turnerbund, Spardorfer Straße 79

Als **Tagesordnung** schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. Rechenschafts- und Gleichstellungsberichte mit Aussprache
 - Rechenschaftsbericht der Kreisvorsitzenden
 - Gleichstellungsbericht
 - Kassenbericht
 - Bericht der Revision
3. Entlastung des Vorstands
4. Nachwahlen zum Kreisvorstand
5. Anträge
6. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
7. Verschiedenes

Dieter Rosner

Dirk Goldenstein

Sandra Radue

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Mai Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!



- 08.05. Günter Braun
75 Jahre
- 17.05. Ute Preuß
74 Jahre
- 17.05. Wiebke Schmielau
65 Jahre
- 22.05. Siegfried Albrecht
60 Jahre
- 22.05. Gerda Henke
71 Jahre
- 25.05. Michael Ludwig
60 Jahre
- 25.05. Gerlinde Uhl
79 Jahre
- 26.05. Marlis Gießle
74 Jahre

- 26.05. Heide Mattischeck
75 Jahre
- 26.05. Elli Pöschl
76 Jahre
- 27.05. Karin Sichel
72 Jahre
- 27.05. Sara Leeb
60 Jahre

Arbeitskreis „Frieden und Internationalismus“

Wir treffen uns wieder am

**Mittwoch, 21. Mai, 20 Uhr,
August-Bebel-Haus**

Themen:

- Aktuelles
- Fortsetzung unserer Arbeit zum Positionspapier „Frieden und Abrüstung – Kooperation und Entwicklung“, Abschnitt 2, Analyse: „Politische Durchsetzung vs. Entdemokratisierung“ (Bericht Katrin Hurle).

Wir laden alle Interessierten, ob SPD-Mitglieder oder nicht, herzlich ein, mitzuarbeiten, mitzudiskutieren oder auch nur erstmal zuzuhören, je nach Gusto.

Helmut Pfister

1. MAI 2014

DGB

**GUTE ARBEIT.
SOZIALES EUROPA.**

WWW.DGB.DE

1. MAI 2014 IN ERLANGEN

10:00 Uhr **Auftakt am Gewerkschaftshaus**
Von der Friedrichstr. 7 zum E-Werk (Fuchsenwiese 1)
Demonstration für gute Arbeit und ein soziales Europa

11:00 Uhr **Großkundgebung am E-Werk**

- Auftakt **Wolfgang Niclas** Vorsitzender DGB KV Erlangen
- Grußwort **Dr. Florian Janik** Oberbürgermeister Stadt Erlangen

Anschließend: Bunttes Maifest

- Live-Musik mit **Sepp Raith**
- **Info-Meile** nahestehender Organisationen
- Betriebsstammtische
- Rädli Tour
- **Kinderprogramm** mit Hüpfspiel-landschaft und Zauberer
- Essen und Getränke
- Infos und Kontakte sowie vieles mehr!

**Hauptredner
Christian Beck**
Bundesjugendsekretär
IG BAU

www.mittelfranken.dgb.de

Raus zum 1. Mai 2014!

DGB

Gute Arbeit und ein soziales Europa. Dies sind die zwei Kernbotschaften des diesjährigen 1. Mai.

Beim Thema **Gute Arbeit** zeigen sich erste Erfolge. Nachdem die Gewerkschaften über Jahre gesellschaftlichen Druck aufgebaut haben, stehen erste Schritte der Großen Koalition für den Mindestlohn und die Regulierung der Leiharbeit kurz bevor.

Wer jedoch glaubt, dass das Thema Mindestlohn oder Gute Arbeit nun zum Selbstläufer wird, der täuscht sich. Wir sind noch lange nicht am Ziel. Von neoliberaler Seite wird versucht die angekündigten Schritte hin zu einer Neuordnung der Arbeit zu verhindern. So werden breite Ausnahmen vom Mindestlohn gefordert und wichtige Regulierungsschritte wie die Erleichterung von Allgemeinverbindlichkeitsklärungen und damit die Stärkung der Flächentarifverträge torpediert.

Es gibt noch viel zu tun. Entwicklungen wie die Ausweitung von Werkverträgen und Scheinselbstständigkeit muss Einhalt geboten werden. Mehr Mitbestimmung in den Betrieben und Verwaltungen muss endlich Realität werden.

In **Erlangen** haben die Wähler bei den Kommunalwahlen verbesserte Chancen für die Umsetzung unserer Forderungen geschaffen. An diesen **Forderungen** messen wir die neuen Mehrheiten im Rathaus:

- Aktive Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auch durch einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt
- Ausweitung eines bezahlbaren Wohnungsangebots
- Schaffung eines bedarfsgerechten und ökologisch sinnvollen Verkehrsmix incl. einer Stadtumlandbahn
- Gestaltung der Energiewende auf lokaler Ebene mit Beteiligung aller Akteure und einem jährlichen Energiewende Bericht
- Erneuerung der regionalen Zusammenarbeit bei der Schaffung ausreichender Gewerbeflächen

Die zweite Kernbotschaft zum diesjährigen 1. Mai ist ein **soziales Europa**. Am 25. Mai 2014 wird ein neues Europäisches Parlament gewählt. Nach Jahren der einseitigen Sparpolitik und damit einhergehenden massiven sozialen Verwerfungen brauchen wir einen „ZeitenWechsel“ für Europa. Wir benötigen im Europäischen Parlament Abgeordnete, die das europäische Projekt für sozialen Fortschritt gestalten, um die ungerechte Sparpolitik, Arbeitslosigkeit, Armut, Ungleichheit sowie Lohn- und Steuerdumping zu überwinden. Wir brauchen eine Mehrheit, die für ein Europa eintritt, das die Menschen und nicht die Märkte in den Mittelpunkt stellt. Ein soziales Europa ist möglich!

Wir fordern daher endlich Investitionen in Europa um der jungen Generation wieder Chancen auf Teilhabe zu ermöglichen. 11 Millionen Arbeitsplätze können durch ein Europäisches Investitionsprogramm geschaffen werden.

Wir treten für das sofortige Ende der einseitigen, unsozialen Sparpolitik ein, die die Reichen schon und Arbeitnehmer und Rentner die Zeche zahlen lässt. Wirtschaftliche Freiheiten dürfen nicht über soziale Grundrechte gestellt werden.

Im Vorfeld der Europawahl machen in vielen Ländern rechtspopulistische und rechtsextreme Bewegungen mit ausländerfeindlichen und nationalistischen Parolen mobil. Dem treten wir als Gewerkschaften entschieden entgegen. Wir fordern ein Umsteuern in der Europapolitik, wenden uns aber nicht von Europa ab. Auch für die Europawahl rufen wir deshalb dazu auf: Wählen gehen! Nationalisten und Europagegnern keine Stimme geben!

Nehmt an den 1. Mai-Demonstrationen, Kundgebungen und Maifesten teil!

In Erlangen um 10 Uhr ab Gewerkschaftshaus in der Friedrichstr. 7 und anschließend am E-Werk in der Fuchsenwiese!

**Zeiten
wechsel**

Mai-Pins
gelten am 1. Mai
als VGN-Ticket
in der Zone Z
(Erlangen)

Barbara Pfister neue Vorsitzende der Stadtratsfraktion

Wenige Tage nach der Oberbürgermeister-Stichwahl hat sich die neugewählte SPD-Stadtratsfraktion konstituiert. Einstimmig wählten die 16 anwesenden Fraktionsmitglieder Barbara Pfister zur neuen Vorsitzenden der Fraktion. Ebenfalls einstimmig wurden Philipp Dees (neu) und Ursula Lanig zu Stellvertretern gewählt. Ohne Kontroversen bestimmte die Fraktion auch die Sprecherinnen und Sprecher für die einzelnen Fachbereiche.

Die neugewählte Vorsitzende kündigte an, sie wolle an die Arbeit ihres Vorgängers Florian Janik anknüpfen: „Uns ist es in den



letzten Jahren gelungen, mit einem konsequenten, dialogorientierten Stil schon aus der Opposition heraus viel zu bewegen und Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger aufzubauen. In der neuen Rolle als ‚Regierungsfraction‘ werden wir diese Arbeit fortsetzen.“ Daher strebe man auch an, mit allen Fraktionen und Gruppen im Stadtrat in Einzelfragen und bei der Arbeitsweise des Stadtrates konstruktiv zusammenzuarbeiten.

Dass die SPD künftig den Oberbürgermeister stellt, bedeute aber auch eine neue Rolle der SPD-Fraktion, so Pfister weiter: „Mit Florian Janik ist auch ein neuer Politikstil gewählt worden, der stark das Gespräch mit den Menschen in der Stadt suchen wird. Dafür stand die SPD-Fraktion schon in den vergangenen Jahren. Nun werden wir die Arbeit des Oberbürgermeisters intensiv solidarisch, wo notwendig aber auch kritisch begleiten. Wir werden aber natürlich auch eigene Initiativen in den Stadtrat einbringen und auch selbst den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern weiterführen.“

Die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktion:

- Ausländerinnen, Ausländer und Integration: José Luis Ortega Lleras
- Gesundheit, Seniorinnen und Senioren: Anette Christian
 - Haushalt und Finanzen: Munib Agha
 - Jugend, Familie und Freizeit und Ehrenamtsbelange: Birgit Hartwig
 - Kultur: Ursula Lanig
 - Personal, Verwaltung, Frauen, Gleichstellung und Diversity: Barbara Pfister
 - Schulen, Bildung, VHS: Sandra Radue
 - Soziales: Gisela Nicolas
 - Sport: Norbert Schulz
- Stadtentwicklung und Wohnen: Philipp Dees
- Bauwesen: Robert Thaler
- Umwelt und Energie: Andreas Richter
- Verkehr: Felizitas Traub-Eichhorn
- Kirchen und Glaubensgemeinschaften: José Luis Ortega Lleras, Wolfgang Vogel
- Feuerwehr, Sicherheit und Katastrophenschutz: Wolfgang Vogel, Norbert Schulz
- Wirtschaft, City-Management und Mittelstand: Dirk Goldenstein

Der Sprecher oder die Sprecherin für Arbeit wurde in der Fraktionssitzung am 28. April bestimmt.

Einladung zu den Sitzungen der Stadtratsfraktion

Die Sitzungen der SPD-Stadtratsfraktion sind grundsätzlich immer parteiöffentlich, d.h. jede Genossin/jeder Genosse kann teilnehmen. Gerade in Regierungsverantwortung ist es für die Fraktion wichtig, dass sich auch die Partei in die Arbeit einmisch.

Die Sitzungen finden jeden Montag (außer an Feiertagen und in den Schulferien) um 19 Uhr im Rathaus statt (vor Stadtratssitzungen erst um 19:30 Uhr).

Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis

Wir treffen wir uns wieder am

**Mittwoch, 14. Mai, 20 Uhr,
August-Bebel-Haus**

Themen:

- Aktuelles
- Zusammenfassungen der wichtigsten europapolitischen Konzepte und Forderungen aus den bisher im AK diskutierten Papieren (Fortsetzung)
- TTIP

Der WiPo-AK ist offen für alle Interessierten, ob SPD-Mitglieder oder nicht.

Helmut Pfister

Heide Mattischeck wird 75

Ende Mai feiert Heide Mattischeck ihren 75. Geburtstag. Seit ihrem Parteieintritt 1969 hat Heide die Erlanger SPD mit geprägt – in ihren offiziellen Funktionen und Mandaten als stellvertretende



Heide Mattischeck (rechts, mit Ursula Rechentebacher) beim Frauenempfang 2014 – einer Veranstaltung, die sie selbst viele Jahre organisiert hat

de Kreis- und Unterbezirkvorsitzende, Stadträtin, Fraktionsvorsitzende und natürlich Bundestagsabgeordnete genauso wie mit ihrem inhaltlichen und persönlichen Engagement, das sie auch nach ihrem Ausscheiden aus den offiziellen Funktionen bis heute weiterführt.

Die Erlanger SPD gratuliert herzlich! Eine ausführliche Würdigung folgt im Monatsspiegel Juni.

Redaktionsschluss

für den nächsten Monatsspiegel

Juni 2014

Dienstag (!), 20. Mai 2014



**(Ober-)Bürgermeisterkandidaten in Deutschland:
Vergleich und Analyse der Auswahlprozesse und Wahlergebnisse**

Befragung der Mitglieder und (Ober-)Bürgermeisterkandidaten
von Parteien und Wählergruppen

Sehr geehrte Damen und Herren,

mein Name ist Florian Glock und ich schreibe eine Doktorarbeit bei Prof. Uwe Jun am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Trier. Der Arbeitstitel lautet: „(Ober-)Bürgermeisterkandidaten in Deutschland - Vergleich und Analyse der Auswahlprozesse und Wahlergebnisse“. Dabei möchte ich die Mitglieder der Parteien und Wählergruppen in 40 Städten schriftlich befragen, u.a. in der Stadt Erlangen. Dafür brauche ich Ihre Unterstützung!

Ich bitte Sie, meinen Fragebogen, der diesem Monatsspiegel beiliegt, bis spätestens zum 16. Juni 2014 auszufüllen und per Post, per Fax oder per E-Mail zurückzuschicken. Gerne können Sie den Fragebogen auch online ausfüllen. Das Ausfüllen dauert rund 15 Minuten.

Ich versichere, dass ich alle Daten streng vertraulich behandle und nur für meine Doktorarbeit nutze. Ich gebe keine personenbezogenen Daten weiter. Die Antworten werden in anonymisierter Form statistisch ausgewertet und in aggregierter Form dargestellt, sodass Rückschlüsse auf einzelne Personen und deren individuelle Daten ausgeschlossen werden.

Für Rückfragen und Anregungen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung:

Kontaktdaten:	Florian Glock	Telefon:	0 26 24 – 72 34
	Schneebergstr. 34	E-Mail:	florian.glock@uni-trier.de
	56203 Höhr-Grenzhausen		

Ich bitte um Ihre Unterstützung!

Mit freundlichen Grüßen

Bewertung der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)

Zum Kontext:

Die Strompreise sind in den letzten Jahren nur für Privathaushalte deutlich gestiegen, für die Industrie (gesamt, nicht nur die durch Ausnahmen begünstigte) dagegen nur ca. im Rahmen der generellen Inflation. Aber auch für Privathaushalte war der Preisanstieg bei Strom geringer als für andere Energieträger wie Benzin, Öl, Gas. Trotzdem gibt es natürlich ein Problem für BezieherInnen kleiner Einkommen.

Die Renditeerwartungen bei Bürgerenergieanlagen sind in der Regel nicht sehr hoch. Zwischen 2,2 und 6,4 Prozent z. B. bei Photovoltaik (PV) laut der Studie im Auftrag von Bündnis Bürgerenergie und BUND (http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/klima_und_energie/140407_bund_klima_energie_buergerenergie_studie.pdf). Die Laufzeiten betragen dazu bis zu 20 Jahre. Es gibt natürlich Ausnahmen mit hohen Erträgen, die aber in der Gesamtbetrachtung nicht dominieren dürfen. Mögliche Überförderungen an besonders guten Standorten sind allerdings natürlich zu beenden. Und die Firma Prokon hat mit ihren unhaltbaren Versprechungen auch falsche Eindrücke in der Öffentlichkeit verursacht.

Neue Windkraftanlagen an Land und neue Photovoltaik-Anlagen tragen nur sehr wenig zu den Kosten des EEG bei. Es gibt daher keinen Grund, sie auszubremsen.

1. Befreiungen/Reduzierungen

Diese werden zwar auf weniger Unternehmen begrenzt, jedoch bleibt der finanzielle Gesamtumfang gleich. Damit wird das, was am meisten zu einer Senkung/Begrenzung der Umlage führen kann, komplett außen vor gelassen. Von Gabriel angekündigt war ursprünglich ein Zusammenstreichen um 500 Mio. Euro, später wurde von ihm 1 Mrd. Euro als Ziel genannt („wenn wir gut sind“).

2. Deckelung der Windkraft an Land

Die 2.500 GW werden zum Glück auf den Nettozuwachs bezogen, Ersatz von alten Windkraftanlagen wird also nicht miteinberechnet.

Das war allerdings ein härterer Kampf als ursprünglich gedacht. Gab-

riel hatte entgegen der Erwartungen in seinem Entwurf eigentlich den Bruttozubaubau drin. Nur durch den massiven Widerstand der SPD-regierten Länder konnte das geändert werden.

Falsch bleibt der Deckel ebenso wie der bei der PV trotzdem. Er sorgt für Unsicherheit bei Bürgergenossenschaften und kleinen Stadtwerken. Außerdem brauchen wir speziell in Süddeutschland einen massiven Ausbau von dezentralen Anlagen.

3. Verpflichtung zur Direktvermarktung und Abschaffung Grünstromprivileg

Bürgergenossenschaften und kleine Stadtwerke sind für die Vermarktungsunternehmen wegen ihrer kleinen Größe nicht besonders attraktiv. Es ist daher zu erwarten, dass sie von den Vermarktern zuletzt und mit den schlechtesten Konditionen bedient werden.

Dazu kommt das Problem, dass das Risiko für Bürgerenergiegenossenschaften bei einer verpflichtenden Direktvermarktung wesentlich höher ist. Es würde für diese auch wesentlich schwerer, an Kredite zu kommen bzw. diese würden teurer.

Wenn man das schon macht, muss man wenigstens das Grünstromprivileg, also die Befreiung von der EEG-Umlage für die direkt vermarktenden Betreiber erneuerbarer Energien, erhalten.

Außerdem sollte dann statt dem im Kabinettsbeschluss vorgesehenen „Ausfallvermarkter“, der 80 Prozent von Marktprämie und Verkaufserlös für einen kurzen Zeitraum abdeckt wenigstens ein „Ausnahmevermarkter“, wie er in der Studie im Auftrag von Bündnis Bürgerenergie und BUND (http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/klima_und_energie/140407_bund_klima_energie_buergerenergie_studie.pdf) vorgeschlagen wird, eingesetzt werden. Bei diesem wird u.a. durch die Höhe wenigstens abgesichert, dass die Betreiber keine Defizite einfahren und ihre Kredite bedienen können.

Wenn der doppelt falsche Weg mit Wegfall des Grünstromprivilegs und verpflichtender Vermarktung an der Strombörse gegangen wird, sollte wenigstens das Ökostrom-Markt-Modell

■ Von Dr. Andreas Richter

Sprecher für Umwelt und Energie der SPD-Stadtratsfraktion



von EWS, Greenpeace Energy und Naturstrom umgesetzt werden, das im Wesentlichen darin besteht, dass Ökostromanbieter ihren Strom auch direkt ohne Umweg über die Strombörse, der ihn in „grauen“ Strom umwandeln würde, als grünen Strom verkaufen können (siehe z. B.: http://www.pv-magazine.de/nachrichten/details/beitrag/neues-kostrom-markt-modell-vorge stellt_100014561/).

Zudem ist eine Minimalgrenze von 100 kW, die für alle regenerativen Energien gleich ist, ein Problem. Bei PV müsste die Grenze bei ca. 750 kW liegen, damit die gleiche Strommenge unter diese Grenze fällt wie bei einer Biogasanlage mit 100 kW.

Nebenbei: Die Direktvermarktung sollte laut Koalitionsvertrag bis 2017 nur für Anlagen ab 5 MW verpflichtend sein. In Gabriels Entwurf wurde das nun plötzlich ab diesem Jahr auf eine Grenze von 0,5 MW gesenkt und ab 2016 auf 0,25 MW, also nochmals erheblich verschärft.

4. Verpflichtende Ausschreibung

Diese stellt das größte Problem dar. Wie auch Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, setzen sich bei solchen Ausschreibungen die Großinvestoren durch. Bürgergenossenschaften und kleine Stadtwerke können das Risiko und den Aufwand viel schlechter tragen. Zudem ist, wie Erfahrungen anderer Länder zeigen, mit deutlich steigenden Kosten zu rechnen – also mit dem Gegenteil des Gewollten.

Im Koalitionsvertrag war zudem festgelegt worden, dass eine Ausschreibung nur erprobt wird und hierzu erst einmal ein Modellprojekt von 400 MW an PV-Freiflächenanlagen gemacht wird. Dann sollte ggf. ab 2018 auf Ausschreibungen umgestiegen werden. CDU/CSU wollten in den Koalitionsverhandlungen die Ausschreibungen gleich. Nun kommt ihnen Gabriel ohne Not noch weiter

entgegen: Das Modellprojekt wird nicht abgewartet, Ausschreibungen werden verpflichtend ab 2017 und zwar gleich auch für Wind.

Die Aussage von Gabriel in Erlangen, die EU würde die Ausschreibungen verlangen, ist leider nur eine Ausrede. Wenn man etwas für falsch hält, muss man es politisch bekämpfen und darf es nicht in vorseilendem Gehorsam besonders schnell erfüllen. Dazu ist jetzt demnächst die Europawahl. Da wird über den zukünftigen Kurs entschieden. Allerdings nur, wenn man es will. Bei den Industrierabatten hat die EU-Kommission ja auch nachgegeben.

Selbst im Entwurf der EU-Kommission zu den neuen Beihilferichtlinien mit bis zu 6 MW oder 6 Anlagen von Ausschreibungen ausgenommen. Warum wird nicht wenigstens diese Untergrenze hier sowie auch für die Direktvermarktung übernommen?

5. Ausbauziele der Erneuerbaren

Diese sind deutlich zu niedrig. Dies war allerdings als Kompromiss zwischen SPD und CDU/CSU im Koalitionsvertrag leider bereits so festgelegt.

6. Einbezug Eigenverbrauch in EEG-Umlage

Die Industrielobby hat sich durchgesetzt. Bestehende Kraftwerke der Industrie und des Bergbaus müssen weiterhin keine Umlage bezahlen. Das gilt auch für Ersatzbauten, de facto also nicht nur für bestehende. Und für neue Anlagen werden nur 15 Prozent der Umlage fällig. Auch der Eigenverbrauch von Kraftwerken ist komplett ausgenommen. Kohle- oder Atomkraftwerke zahlen also nichts.

Dagegen muss für neue erneuerbare Energieanlagen sowie KWK-Kraftwerke in Zukunft 50 Prozent der Umlage auf den Eigenverbrauch bezahlt werden. MieterInnen zahlen sogar die volle EEG-Umlage, wenn sie ihren Strom vom Dach des Vermieters beziehen.

Das macht so keinen Sinn, benachteiligt die Erneuerbaren erheblich und würgt sie ab. Diese müssten weiter befreit sein, nicht Kohle- und Atomkraftwerke.

7. Länderöffnungsklausel

Da hatte sich bei den Koalitionsverhandlungen leider die SPD-Delegation von der Union über den Tisch ziehen lassen. Nun kann folglich Seehofers Winkkraftbremse 10-h-Regelung kommen.

Fazit:

In dieser Form wird das neue EEG zu einem fatalen Ausbremsen der Energiewende führen. Insbesondere durch die Komplettumstellung auf Ausschreibungen, aber auch die verpflichtende Direktvermarktung werden Stadtwerke und Bürgergenossenschaften nur noch wenig Chancen haben bzw. die neuen Risiken oft nicht tragen können. Ein weiterer nun langsam verlaufender Ausbau der Erneuerbaren wird dann wohl vor allem durch die Großkonzerne getragen. Die Energiewende durch Stadtwerke und BürgerInnen statt Konzerne gäbe es dann nicht mehr.

Das ist die völlig falsche Richtung. Nötig wäre vielmehr ein Durchbrechen der Oligopole der Konzerne.

Die 50 Prozent EEG-Umlage auf regenerative Energien tut ihr übriges, diese auszubremsten. Sinken wird die Umlage trotz alledem sicher nicht, sondern durch die „Reform“ weiter steigen. Die Industrierabatte werden nur anders verteilt, die Summe bleibt gleich. Die Ausschreibungen werden hingegen zu steigenden Kosten führen.

Ein Abwarten auf den Netzausbau, wie es Gabriel, will kann auch nicht der richtige Weg sein. Die Energiewende muss dezentral durch Stadtwerke und Bürgergenossenschaften/Einzelanlagen sein und nicht durch Großanlagen der Konzerne. Gerade in Süddeutschland brauchen wir zudem noch einen massiven Ausbau dezentraler Windkraftwerke. Den Netzausbau auch



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Beratungstermine

.....

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

.....

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

.....

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

.....

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

.....

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

.....

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

mit den Hochspannungsgleichstrom werden wir wohl trotzdem brauchen. Jedoch ist zumindest ein kritisches Hinterfragen nötig, ob bei der Gleichstrompassage Süd-Ost nicht die boo-

mende Dreckschleuder Braunkohleverstromung im Vordergrund steht.

Nötig für eine Senkung des Strompreises wäre vielmehr ein Zusammenstreichen der Industrierabatte

sowie eine gesetzliche Verpflichtung zur Weitergabe der sinkenden Börsenstrompreise an die EndkundInnen sowie die Wiederabschaffung der kürzlich eingeführten Offshore-Haftungsumlage.

Für eine zukunftsfähige Welt – Gib dem Krieg keine Chance

Rede auf der Auftaktkundgebung in Erlangen zum Ostermarsch 2014

Krieg hat viele Gesichter

Die Flüchtlingszahlen in Deutschland nehmen seit einigen Jahren wieder massiv zu – ausgelöst wurde dieser Trend hauptsächlich durch den Bürgerkrieg in Syrien. Aber auch in 5 anderen der 10 Hauptherkunftsländern herrscht momentan Krieg oder Gewalt, in Afghanistan, Eritrea, Somalia, Irak und Pakistan.

Der Name der Mittelmeerinsel Lampedusa steht für Leid und Hoffnung tausender Menschen aus Afrika, und auch in Erlangen zeigt sich das durch die vermehrte Ankunft von Menschen aus dem überfüllten Erstaufnahmehotel in Zirndorf.

Zum Beispiel Brahanu, 32 Jahre alt, aus Äthiopien – geflüchtet nach Deutschland:

„Noch vor einigen Jahren lief alles in meinem Leben wunderbar. Ich verdiente ordentliches Geld als ausgebildeter Automechaniker und als Fremdenführer. Doch Dinge haben sich dann schlagartig verändert. Ich ließ alles zurück, meine Familie, meine Arbeit, Freunde und mein Land. Das war nicht mein Lebensplan, sondern erzwungen durch die schlimme politische Situation in unserem Land, mit einem außer Kontrolle agierenden Willkürregime. Die Polizeikräfte schlagen, misshandeln und töten Menschen tagsüber auf offener Straße, es gibt keine Rechtssicherheit und keine Gerechtigkeit. Ich war eines der Opfer dieses Systems, gesucht von der Polizei, wegen meiner persönlichen Schwierigkeiten mit einem Minister und wegen meiner Mitgliedschaft in und Unterstützung von der Oppositionspartei. Schließlich spitzte sich die Lage

für mich bedrohlich zu; ein Minister, dessen Namen ich hier aus Sicherheitsgründen nicht erwähnen darf, versuchte mich umzubringen, und ich rannte um mein Leben.“

Warum fliehen Menschen? Es gibt dafür ganz unterschiedlichste Gründe – Krieg und Verfolgung, Hunger, Dürre oder auch die Suche nach einem Job in Europa. Alle verlassen ihre Heimat aus einer aussichtslosen Situation heraus, die vielleicht nicht immer vordergründig mit dem zu tun hat, was wir unter „Krieg“ oder „kriegerischen Konflikten“ verstehen

Und wir? Wir lehnen uns zurück und sagen: Die wirklich Verfolgten in ihrem Land, die dürfen bleiben – zumindest wenn sie das in ihrem Asylverfahren beweisen können. Die anderen sollen doch bitteschön wieder gehen und nicht unserem Sozialsystem auf der Tasche liegen!

Aber profitieren wir nicht auf vielfältige Weise von der Situation in den Herkunftsländern? Ist nicht unsere Politik, vor allem in Afrika, mitverantwortlich für die ausweglose Situation vieler Menschen, die sich auf den Weg nach Europa aufmachen?

Krieg hat viele Gesichter ...

Was aktuell in Syrien oder auch in der zentralafrikanischen Republik passiert, das ist der Krieg wie wir ihn kennen. Hier liegt eine große Verantwortung bei deutscher Politik und deutschen Firmen – für den Export von Kleinwaffen, Giftgas-Komponenten, Panzern und vielem mehr. Vor allem das Geschäft mit Kleinwaffen ist in der letzten Zeit stark angestiegen, auch bzw. vor allem deutsche Firmen machen große Gewinne.

Krieg ist aber auch der Landraub in Lateinamerika und Afrika – Flächen

■ Von Julie Mildenberger



werden den Kleinbauern weggenommen, um dort Soja oder Palmöl für unsere Gier nach Fleisch und Energie herzustellen.

„Landgrabbing“ meint den großflächigen Landkauf durch internationale Akteure. Solche großen Landkäufe in Entwicklungsländern gefährden die Ernährungssicherheit, denn oftmals verlieren Kleinbauern ihr Land und werden verdrängt. Zum Beispiel in Mali: Viele Bauern haben keine Landtitel und verlieren ihre Ländereien an die großen Investoren. Sie stehen mit nichts da und erhalten nur unzureichende Kompensationen. Der libysche Staat hat zum Beispiel in Mali über 100.000 Hektar Landfläche gekauft. Die Bauern wurden einfach ohne Vorwarnung von jetzt auf gleich vor die Realität gestellt, dass sie ihr Land zur nächsten Anbausaison verlassen müssen.

Krieg ist die Ausbeutung von Ländern für unseren Massenkonsum, wie der Abbau von Seltenen Erden oder Tantal für die Elektronikindustrie. Zum Beispiel in Bukavu im Ost-Kongo: Die Stadt im Osten des Kongo liegt nahe der Rebelengebiete, in denen auch zehn Jahre nach dem offiziellen Ende des Bürgerkriegs noch kein stabiler Friede herrscht. In den Dörfern sind die Menschen Übergriffen hilflos ausgeliefert. Die Rebellen vergewaltigen Frauen und Mädchen auf brutalste Art und Weise. Und die Männer und Jungen zwingen sie dazu, die Rohstoffe für sie aus der Erde zu holen.

Nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen erwirtschaften die Milizen mit dem illegalen Handel

mit Rohstoffen jährlich bis zu 225 Mio. US-Dollar. Ausgebeutet wird auch das Erz Coltan, aus dem das seltene Tantal gewonnen wird. Dieses Metall wird in Kondensatoren von Digitalkameras, Laptops und Mobiltelefonen verwendet.

Krieg ist der Absatz unserer Überproduktion auf den Märkten in Afrika, durch den Kleinbauern ihre Produkte nicht mehr verkaufen können, weil Fleisch oder Getreide aus Europa viel billiger zu haben ist als das, was sie selber anbauen. Zum Beispiel Hähnchenteile aus Deutschland: Innerhalb eines Jahres haben deutsche Fleischexporteure ihre Ausfuhren nach Afrika mehr als verdoppelt. Waren es 2011 bereits über 20 Millionen Kilo Hähnchen aus Deutschland, die afrikanische Märkte überschwemmten, sind es 2012 schon 42 Millionen Kilo. Deutsches und EU-Fleisch verdrängt auf immer neuen Märkten die einheimischen Tierhalter und beraubt besonders Kleinbäuerinnen in Afrika zusätzlicher Einnahmen aus dem Geflügelverkauf.

Und Krieg ist auch das, was an den Börsen passiert! Seit 2007 legten viele

Banken erstmals Agrarrohstoff-Fonds auf, mit denen ihre Kunden auf Preisentwicklungen am Markt der Nahrungsmittel wetten können. Schon 2008 wurden die Folgen sichtbar: Die Lebensmittelpreise explodierten auch auf den realen Märkten – für Menschen, die den größten Teil ihres Einkommens für unverarbeitete Nahrungsmittel aufbringen, begann damit eine Hungerkatastrophe. In mehr als 30 Ländern fanden Hungeraufstände statt, in Haiti wurde die Regierung gestürzt. Die Preissteigerungen sind nicht allein auf die Spekulation zurückzuführen, der neue Trend, Nahrungsmittel zu Treibstoff zu verarbeiten, spielt ebenfalls eine tödliche Rolle.

Krieg hat viele Gesichter – aber es gibt auch viele Ansatzpunkte, wo wir uns wehren können und uns für eine zukunftsfähige Welt einsetzen können!

Wir können in unserem ganz privaten Umfeld beginnen und unser Konsumverhalten verändern

Viel wichtiger aber ist es, die großen Zusammenhänge zu durchschauen und

gerade jetzt im Europawahlkampf die Politik der Europäischen Union kritisch zu hinterfragen.

Wir müssen den Stopp von Waffenexporten fordern!

Wir brauchen eine stärkere Regulierung der Rohstoffmärkte und der Banken!

Wir müssen eintreten für eine Welt Handelsordnung, für die die Menschen und die Umwelt wichtiger sind als die Gewinne der Wirtschaft!

Bei der Ratifizierung internationaler Handelsabkommen dürfen nicht mehr ausschließlich wirtschaftliche Ziele verfolgt werden, sondern die Handelspolitik muss an Menschenrechte und soziale und ökologische Standards angepasst werden.


Es gibt ganz viele Aktionen ganz unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen, von den kirchlichen Hilfswerken Misereor und Brot für die Welt bis zu attac.

Macht mit, kämpft mit: EINE ANDERE – FRIEDLICHERE – WELT IST MÖGLICH

direkt GIRO

Das kostenlose* 0,-nlinebanking-Konto für Privatkunden mit persönlicher Beratung und Service.



 **Sparkasse Erlangen**

Sicher. Stabil. Verlässlich.

*Das „direkt GIRO“ ist das kostenlose Online-Girokonto der Sparkasse Erlangen nur für Privatkunden: kein Grundpreis, kein Durchschnittsguthaben, kein Mindesteingang, keine Buchungspostenentgelte. Kostenlos in Deutschland Geld abheben an über 25.000 Geldautomaten der Sparkassenorganisation. Sämtliche Arbeiten zur Kontoumstellung erledigen wir gerne für Sie. Fragen Sie jetzt unsere Berater nach dem „direkt GIRO“ und unserem Finanzcheck. Weitere Informationen auch per Telefon: 09131 824-500 (Mo. - Fr. jeweils von 8:00 Uhr bis 20:00 Uhr) oder unter www.sparkasse-erlangen.de

Rebecca Friedrich
Serviceberaterin in der
Geschäftsstelle Möhendorfer Straße

Liebe Mitglieder,
wir treffen uns zu unserer nächsten Sitzung am

Dienstag, 13. Mai, 20 Uhr, Sportheim

Wir bitten Euch um zahlreiches Erscheinen. Es wäre schön, wenn wir bei dieser Gelegenheit auch die nach Dechsendorf gezogenen (Neu)mitglieder begrüßen dürften!

Tagesordnung:

1. Aktuelles
2. Berichte aus dem Stadtrat und dem Ortsbeirat
3. Europawahl

Viele Grüße, bis bald
i.V. Ursula Lanig

Protokoll der Sitzung vom 11. April

1. Nachbetrachtung Kommunalwahl:

Ursula bedankt sich für die tatkräftige Hilfe des Distrikts bei 3 Verteilungen, Plakatierung und Kuchenbacken für unsere Dechsendorfer Dialogveranstaltung mit (damals noch) OB-Kandidat Florian Janik.

Wir haben in Dechsendorf gute Werte erzielt: bei der Kommunalwahl im Durchschnitt 27,1 Prozent, bei der OB-Stichwahl im Durchschnitt 59,1 Prozent.

2. Ortsbeirat

In den Ortsbeirat kann die SPD wieder 2 Mitglieder und 2 Ersatzleute entsenden. Traudel Gräber und Norbert Fischer werden uns weiterhin vertreten, Ersatzleute sind Renate Paxton und Wolfgang Schwerna. Heike Fischer dankte allen bisherigen und künftigen OBR-Mitgliedern für die geleistete Arbeit.

Der rechnerischen Möglichkeit, mit GL und FDP den OBR-Vorsitz zu beanspruchen, wurde einstimmig nicht gesprochen.

3. Europa-Wahl:

Distriktvorsitzende Heike Fischer und Stadträtin Ursula Lanig plädierten für eine Hausverteilung in Dechsendorf (notfalls mit direkt besorgtem Material), angesichts der Herausforderungen in Europa und der Möglichkeit, mit Martin Schulz einen hervorragenden Kandidaten zu unterstützen, wurde dies einstimmig angenommen. Die Hausverteilung soll am Wochenende 17./18. Mai erfolgen.

4. Wasserpreis Seebachgruppe:

Die Erhöhung des Wasserpreises um mehr als 30 Prozent wurde mit großem Ärger diskutiert – allerdings war der Preis auch über ca. 15 Jahr gleich geblieben. Zudem wurden infrastrukturelle Maßnahmen im Versorgungsbereich erledigt. Die Verbandsdelegierten wurden aufgefordert, bei künftigen Preiserhöhungen genauere Berechnungen (nicht nur Endpreise ohne Verbrauchsangaben etc.) einzufordern.

5. Weiher:

Der Durchlass unter der Naturbadstraße wird nun Ende September gebaut (Baum rechnet mit ca. 1 Monat), wenn der Weiher abgelassen ist. Der Rundweg um den Weiher ist die ganze Zeit über möglich. Die übrigen Arbeiten werden als Winterbaustelle erneut ausgeschrieben. Seit ca. 2 Wochen bekommt der Weiher alles Wasser von oben (aus dem Röttenbach), angesichts der anhaltenden Niederschlagsarmut genügt dies allerdings nicht (aber Regenmacher gibt's bei der Stadt nicht)...

i.V. Ursula Lanig

Distrikt Dechsendorf

Vorsitzende:

Heike Fischer
Telefon: 09135-6269
h.fischer-dechso@web.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

Dienstag, 20. Mai, 19 Uhr, Schützenhaus

Tagesordnung:

wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden

Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:

Manfred Jelden
Telefon: 601333
manfred.jelden@nefkom.net

■ Distrikt Innenstadt

Vorsitzender:

Michael Zimmermann
Telefon: 699118
zi-mi@web.de

Liebe Distriktsmitglieder,
wir laden Euch ganz herzlich zu unserer
nächsten Sitzung ein: Diese findet statt
am

Dienstag, 13. Mai, 20 Uhr „Kulisse“, Nebenraum, Theaterstraße

Im Zentrum wird die weitere Arbeitspla-
nung sowie die Europawahl stehen.

Wir freuen uns wieder auf zahlrei-
ches Erscheinen!

Für den Vorstand,
Michael

Kurzprotokoll der Jahres- hauptversammlung am 8. April

In seinem Rechenschaftsbericht geht
Michael auf die Aktivitäten des Distrikts
im letzten Jahr ein. Im Zentrum stan-
den natürlich die drei Wahlen, die damit
verbundenen inhaltlichen Debatten,
Positionierungen und Ergebnisse sowie
die Organisation der jeweiligen Wahl-
kämpfe mit den dazugehörigen Veran-
staltungen. Michael bedankt sich für die
sehr gute gemeinsame Arbeit, das große
Engagement der Distriktsmitglieder und
dafür, dass erfreulicherweise im Durch-
schnitt 12 bis 13 Mitglieder bei den jewei-

ligen Sitzungen anwesend waren. Neben
den Aktivitäten und Planungen rund um
die Wahlkämpfe (wie etwa auch die ge-
meinsame Erarbeitung eines detaillierten
Distriktprogrammes) wurden 2013 auch
Themen wie Datenschutz und Recht-
staatlichkeit oder die Erinnerungskultur
in Erlangen intensiv diskutiert und bear-
beitet sowie ein Gespräch mit Erlanger
Gastronomen durchgeführt.

Anschließend folgt der Kassenber-
icht von Nina sowie die Aussprache zu
den Berichten und der Beginn der Pla-
nung der weiteren Aktivitäten – gerade
auch im Kontext der nach dem Wahl-
sieg in Erlangen nun großen Chance,
wichtige Dinge durchzusetzen und den
Dialog mit den BürgerInnen weiter zu
intensivieren.

Anschließend wird der Vorstand ein-
stimmig entlastet. Die Neuwahlen füh-
ren zu folgenden Ergebnissen:

- Vorsitz: Dr. Michael Zimmermann
- StellvertreterInnen: Monika Fath-
Kelling, Volker Lang, Nina Gunkel-
mann, Helmut Pfister

Dabei übernimmt Nina die Kassenfüh-
rung und Helmut ist Referent für Orga-
nisation.

Als Revisoren wurden Matthias
Schmidt und Walter Schweigert ge-
wählt.

Der Distrikt schlägt als zweite Ver-
treterin des Distrikts im Kreisvorstand
(für die ausscheidende Barbara Pfister)
Monika Fath-Kelling vor (der andere Di-
striktvertreter im KV bleibt wie bisher
Walter Schweigert).

■ Distrikt Ost

Vorsitzender:

Christofer Zwanzig
Telefon: 4003764
christofer@zwanzig-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wie bereits im letzten Monatsspiegel
angekündigt, laden wir Euch herzlich
ein zu unserer

Jahreshauptversammlung am Mittwoch, 7. Mai, 19:30 Uhr, AWO-Begeg- nungsstätte (Allee am Röthelheimpark 60)

Bitte beachtet die geänderte Anfangs-
zeit der Sitzung!

Vorläufige Tagesordnung

- TOP 1 Aktuelles
- TOP 2 Rechenschafts- und Finanzbe-
richt
- TOP 3 Aussprache
- TOP 4 Nachwahlen
- TOP 5 Arbeitsplanung 2014
- TOP 6 Sonstiges

Mit solidarischen Grüßen
Christofer Zwanzig und Birgit Hartwig

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer
nächsten

Distriktssitzung am Mittwoch, 21. Mai, 20 Uhr, Bürgertreff Röthel- heim, Berliner Platz 1

Als vorläufige Tagesordnung ist vorge-
schlagen:

1. Bericht aus dem Stadtrat
2. Weitere Arbeitsplanung für dieses
Jahr
3. Aktualisierung Homepage
4. Sonstiges

Mit solidarischen Grüßen
Dr. Andreas Richter
Stellvertretender Vorsitzender

Protokoll der Sitzung vom 9. April

TOP 1: Nachlese Kommunalwahl

Die SPD hat im Distrikt Süd sehr gut
abgeschnitten. Die GenossInnen füh-
ren dies u. a. auf das Engagement der
SPD ER-Süd für den Schutz der GBW-
MieterInnen zurück. Die allermeisten
Erlanger GBW-Wohnungen liegen in
der Südstadt. Auch die hohe Anzahl von
Hausbesuchen durch Robert Thaler, An-
dreas Richter und Stefan Dietrich hatte

einen positiven Effekt auf das Wahler-
gebnis. Bei der Hausverteilung haben
wir eine flächendeckende Verteilung
nicht vollständig leisten können. Un-
serem Nachbardistrikt Tennenlohe gilt
noch einmal herzlicher Dank für die
starke Unterstützung bei der ersten Ver-
teilung.

TOP 2: Aktualisierung der Website

Die Versammlung beschließt einstim-
mig Genossen Stefan Dietrich mit der
Aktualisierung der Homepage des Di-
strikt zu beauftragen. Stefan Dietrich
spricht Philipp Dees wegen der Login-
Daten an.

TOP 3: Distriktszeitung

Die anwesenden Genossen halten es für
wünschenswert, einmal pro Jahr eine
Distriktszeitung aufzulegen. Auflage,
Inhalt und Modus der Verteilung wer-
den auf einen späteren Termin im Jahr
vertagt.

TOP 4: Europawahl

Bisher gibt es wenige Informationen
zum Europawahlkampf. Verteilungen
und Veranstaltungen werden telefo-
nisch und per E-Mail geklärt.

TOP 5: Nächste Sitzung

Die nächste Sitzung findet am 21. Mai,
20:00 Uhr, Bürgertreff Röthelheim (Ber-
liner Platz 1) statt. Karl Wiesent reser-
viert einen Raum.

Stefan Dietrich

Liebe Genossinnen und Genossen!
Wir laden euch herzlich zu unserer

Distriktversammlung am Dienstag, 13. Mai, 20 Uhr, Schlossgaststätte

Tagesordnung:

1. Aktuelles (Ortsbeirat etc.)
2. Europawahl

3. Unterstützung für das „Fest der Ver-
eine“ am 17./18. Mai.
4. Ideensammlung für das Ortsjubilä-
umfest 2015.
5. Ausflug in die Oberpfalz im Juni
6. Verschiedenes

Weitere Distriktversammlung: 17. Juni

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

■ **Distrikt Süd**

Vorsitzende:

Brigitte Rohr

Kontakt:

Dr. Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

■ **Distrikt Tennenlohe**

Vorsitzender:

Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

■ Distrikt West

Vorsitzender:

Gerd Peters

Telefon: 44366

gerd.peters-er@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir möchten Euch herzlich zu unserem
Mai-Treffen einladen. Wir treffen uns
am

Mittwoch, 14. Mai, 20 Uhr, Gasthaus „Zur Einkehr“ (Güthlein)

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Bericht aus Fraktion, Kreisvorstand und Ortsbeirat
2. Energiewende – was ist von dem neuen Konzept zu halten? Hannes Allabauer und Philipp Dees werden einführen und mit uns diskutieren
3. Bericht der Revisoren und Entlastung des Kassiers (vertagt vom 9. April)
4. Verschiedenes

Wir freuen uns auf Euren Besuch!

Im Auftrag des Vorstands

Gerd Peters

P. S.: Auf unserer Distriktsversammlung am 9. April haben wir zunächst über die aktuelle Situation nach der Wahl von Florian zum OB ausgetauscht. Anschließend gab es die Berichte des Vorsitzenden und des Kassiers. Der Bericht der Revisoren konnte nicht erfolgen, da beide kurzfristig verhindert waren. Daher erfolgt dieser auf der nächsten Distriktsitzung im Mai. Den Rechenschaftsbericht findet Ihr nachstehend am Ende. In Folge des Wahlkampfes ist unsere finanzielle Reserve gen Null geschrumpft.

Bei den Vorstandswahlen gab es folgendes Ergebnis (nur im Bereich der Beisitzer gab es Veränderungen): Gerd Peters (Vors.), Lena Zoglauer (stellvertr. Vors.), Philipp Dees (Kassier), Beisitzer: Hans Buerhop, Walter Lang, Heidrun Meyer, Annette Oemichen, Jürgen Söll. Revisoren: Helga Steeger, Winfried Stein. Vertreter im Kreisvorstand: Weiterhin Lena Zoglauer und Heidrun Meyer. Vertreter im Ortsbeirat (Vorschlag an die Fraktion): Harry Schreyer und Lisa Rettelbach.

Rechenschaftsbericht 2013/2014 des Distrikts

Mitgliederzahl

- 2006: 136, davon 53 Genossinnen
- 2007: 131, davon 47 Genossinnen

- 2008: 131, davon 49 Genossinnen
- 2009: 129, davon 48 Genossinnen
- 2010: 125, davon 49 Genossinnen
- 2011: 125, davon 49 Genossinnen
- 2012: 132, davon 53 Genossinnen
- 2013: 125, davon 49 Genossinnen
- 2014: 132 (Stand 9. April)

Veranstaltungen

Distriktsversammlungen fanden seit Februar 2013 zu folgenden Themen statt:

- Jahreshauptversammlung (20 Anwesende)
- Energiewende (22 Anwesende)
- Diskussion mit Martina Stamm-Fibich (27 Anwesende)
- Bauliche Verdichtung Büchenbach-Nord (18 Anwesende)
- Landtagswahlkampf/Stadtratskandidatenliste (13 Anwesende)
- Landtagswahlergebnisse (14 Anwesende)
- Öff. Veranstaltung „Bauliche Verdichtung Würzburger Ring“ (120 Anwesende)
- Mindestlohn, Zeitarbeit (14 Anwesende)
- Jahresabschlussessen (10 Anwesende wg. Terminkollision)
- Große Koalition (15 Anwesende)
- Kommunalwahlergebnisse (15 Anwesende)

Insgesamt war die Beteiligung höher als im vorherigen Berichtszeitraum (15,5 Anwesende): Durchschnittlich anwesend waren 16,5 Personen (ohne Berücksichtigung der öffentlichen Versammlung mit ca. 120 Besuchern). Zwei weitere Ausgaben des „Westboten“ konnte im Juli 2013 und im Februar 2014 erscheinen.

Im Rahmen des Kommunalwahlkampfes gab es 7 Info-Stände des Distrikts. 4 Verteilungen mit Material zum Kommunal- und OB-Wahlkampf erfolgten. Die Belastung unserer Verteiler hierdurch, aber auch durch die Verteilung der beiden Ausgaben des „Westboten“ war außerordentlich groß. Da die Motivation in den Wahlkämpfen ausgesprochen gut entwickelt war, gelang es jeweils flächendeckend (fast) alle Briefkästen zu versorgen. Dafür sei allen ausdrücklich gedankt.

Außerdem gab es zahlreiche Hausbesuche im Rahmen des Kommunaleahlkampfes, die sicherlich für unser gutes Abschneiden im Stadtwesten von Bedeutung waren.

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu Wiederholung unserer

Jahreshauptversammlung der AG 60plus Erlangen am Mittwoch, 14. Mai, 15 Uhr, August-Bebel-Haus

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Aktuelles
3. Wahl einer Versammlungsleitung
4. Rechenschaftsbericht
5. Entlastung des Vorstands
6. Neuwahlen von Vorstand und 2 Vertretern/Vertreterinnen im Kreisvorstand
7. Arbeitsplanung 2014
8. Verschiedenes

Die letzte Versammlung war nur von 4 Genossen/Genossinnen besucht, deshalb konnte kein neuer Vorstand gewählt werden. Wir sind von der Kopfzahl her die stärkste Arbeitsgemeinschaft und sollten doch in der Lage sein, AG 60plus Erlangen am Leben zu erhalten.

Ich hoffe auf rege Mitarbeit und grüße im Namen des Vorstands.
Hartmut Wiechert

Protokoll der Mitglieder- versammlung vom 16. April

Top 1: Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende Hartmut Wiechert begrüßt die Anwesenden. Die Tagesordnung sowie das Protokoll vom 19. Februar wurden genehmigt.

Top 2: Aktuelles

Da der Termin für die heutige Sitzung geändert worden war und die Schrift-

führerin die E-Mail nicht abgelesen hatte, konnte die Sitzung erst um 15.45 Uhr beginnen.

Top 3: Wahl einer Versammlungsleitung

Die Wahl einer Versammlungsleitung konnte nicht erfolgen, da nur vier Personen anwesend waren.

Top 4: Rechenschaftsbericht

Der Rechenschaftsbericht ist bereits im Monatsspiegel vom März veröffentlicht worden.

Top 5: Entlastung des Vorstands

Die Entlastung des Vorstands entfiel aufgrund der Nichtbeschlussfähigkeit.

Top 6: Neuwahlen von Vorstand und zwei Stellvertreter/innen im Kreisvorstand

Die Neuwahl von Vorstand und zwei Vertretern/innen im Kreisvorstand konnte deshalb ebenfalls nicht stattfinden.

Top 7: Arbeitsplanung 2014

Die Filmreihe, die 60 plus als Wahlveranstaltung durchgeführt hatte, war allgemein sehr gut aufgenommen worden. Es wurde vielfach der Wunsch geäußert, dies zu einem anderen Zeitpunkt wieder aufzunehmen. Ins Auge gefasst wurden die Monate September, Oktober und November.

Vielleicht entschließt sich der eine oder andere zur AG 60plus zu kommen. Ansonsten sieht es äußerst schlecht um das Weiterbestehen der Arbeitsgemeinschaft aus. Hartmut wird gezielt Helga und Dieter ansprechen.

Top 8: Verschiedenes

Die Einladung der Jenaer Genossen zu einem Treffen wurde begrüßt. Angedacht sind die Monate Juni oder August. Hartmut wird sich mit den Jenaern in Verbindung setzen, um ein für alle geeignetes Datum heraus zu finden.

Ruth Sych

AG 60plus

Vorsitzender:

Hartmut Wiechert

Telefon: 991232

hartmut.wiechert@gmx.de

Europawahl am 25. Mai 2014

Mindestlohn statt Ausbeutung!

Für Bayern.

In Europa.

BRIEFWAHL
NUTZEN!



Europa anders machen.

Bayern

SPD